

201212-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Erweiterungsneubau der Schule Kapellenweg am Standort Kapellenweg 63 in Hamburg - Generalplanung gem. §§ 34ff, 38ff, 43ff, 51ff und 55ff, Brandschutzplanung sowie Bauphysik in Anlehnung an § 3 Anlage 1 § 1.2.2 und 1.2.3 HOAI zzgl. Besonderer Leistungen
OJ S 58/2026 24/03/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erweiterungsneubau der Schule Kapellenweg am Standort Kapellenweg 63 in Hamburg - Generalplanung gem. §§ 34ff, 38ff, 43ff, 51ff und 55ff, Brandschutzplanung sowie Bauphysik in Anlehnung an § 3 Anlage 1 § 1.2.2 und 1.2.3 HOAI zzgl. Besonderer Leistungen

Beschreibung: Die GMH | Gebäudemanagement Hamburg hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange zu planen, zu bauen, zu unterhalten, zu bewirtschaften und die ca. 60 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche aller allgemeinbildenden und beruflichen staatlichen Schulen beträgt etwa 9,1 Mio. qm und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. qm. In dieser Tätigkeit wurde GMH mit dem Projektmanagement für den Erweiterungsneubau der Schule Kapellenweg am Standort Kapellenweg 63 in Hamburg beauftragt. Im weiteren siehe Ziffer 5.1.6 "Allgemeine Informationen - Zusätzliche Informationen"

Kennung des Verfahrens: 531873a4-646c-4695-8075-c2b9ef792b21

Interne Kennung: GMH VgV VV 001-26 MR

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Geschätzter Gesamtauftragswert 1.089.000,00 €;

Auftragswert der vorliegenden Beschaffung: 907.000,00 €. Leistungsbeginn: unmittelbar nach Beauftragung. Angaben der Bewerber gemäß § 122 GWB ff. bzw. § 75 VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen elektronisch einzureichen: • ausgefüllter Bewerberbogen, • Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Kopie); • Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck); • Anlage 1C: Eigenerklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen/Zusammenarbeit (Vordruck); • Anlage 1D: Eigenerklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck); • Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck); • Anlage 1F:

Eigenerklärung gem. 5. RUS-Sanktionspaket • Anlage 1G: Eigenerklärung zu einer (mind. vorgesehenen) Teilnahme (Vordruck) bzw. Fortbildungsnachweis (Kopie) an einer vergaberechtlichen Fortbildung mit dem Schwerpunkt VOB Teile A/B/C für eine maßgeblich am Projekt beteiligte Person (ältestens Oktober 2019); • Anlage 1H: Erklärung zur Bereitschaft oder der Teilnahmenachweis an einer Fortbildung zur Inklusion an staatlichen Schulen oder zum Barrierefreien Bauen gem. DIN 18040 (mind. Teil 3) für eine maßgeblich am Projekt beteiligte Person (Vordruck); (Vordruck), • Anlage 1I: Einverständniserklärung personenbezogene Daten • Anlage 1J: Bevollmächtigung des Vertreters im Falle einer Bietergemeinschaft (Vordruck); • Anlage 1K: Angaben zu Auftragsanteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck); • Anlage 1L: Eigenerklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck); • Anlage 1M: Eigenerklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck); • Anlage 2A1: Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung • Anlage 2A2/2A3 Bereitschaftserklärung des Bewerbers und 2A3 Bereitschaftserklärung des Versicherungsgebers zur Erhöhung der Deckungssummen im Auftragsfall • Anlage 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers (Vordruck); • Anlage 3A1: Nachweis der beruflichen Befähigung des/r für die Leistung verbindlich eingesetzten Projektleiters/in (Kopie); • Anlage 3A2: Nachweis der Qualifikation der verantwortlichen Projektleitung (Vordruck); • Anlage 3A3: Berufliche Qualifikation der vorgesehenen Projektbearbeiter (Vordruck); • Anlage 3A4: Nachweis der Person für die Erstellung eines Brandschutzkonzeptes (Vordruck); • Anlage 3B1 und 3B2: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten unter Angabe von: Projektbeschreibung, Leistungsumfangs- und -zeitraum, Baukosten + bearbeiteter Fläche, maßgeblich beteiligten Mitarbeiter/Projektleiter, Bauherr mit Ansprechpartner + Telefonnummer, Referenzschreiben oder -bestätigung vom AG nach Abschluss der beauftragten Leistungen; • Anlage 3C: Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl in den letzten drei Geschäftsjahren (Vordruck). Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 089 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet. Im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde am 8. April 2022 durch das 5. EU-Sanktionspaket mit Art. 5k in die Russland-Sanktionsverordnung 2014/833

ein unmittelbar und seit dem 9. April 2022 geltendes Zuschlags- und Erfüllungsverbot für öffentliche Aufträge und Konzessionen oberhalb der EU-Schwellenwerte mit russischen Staatsangehörigen und Unternehmen eingeführt. Danach ist es verboten öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen: a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe). Das Nichtvorliegen dieser Ausschlussstatbestände ist durch den Bewerber mit Teilnahmeantrag in Form einer Eigenerklärung zu erklären.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - VgV Verhandlungsverfahren gem. § 17 VgV

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Erweiterungsneubau der Schule Kapellenweg am Standort Kapellenweg 63 in Hamburg - Generalplanung gem. §§ 34ff, 38ff, 43ff, 51ff und 55ff, Brandschutzplanung sowie Bauphysik in Anlehnung an § 3 Anlage 1 § 1.2.2 und 1.2.3 HOAI zzgl. Besonderer Leistungen

Beschreibung: Die GMH | Gebäudemanagement Hamburg hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange zu planen, zu bauen, zu unterhalten, zu bewirtschaften und die ca. 60 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche aller allgemeinbildenden und beruflichen staatlichen Schulen beträgt etwa 9,1 Mio. qm und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. qm. In dieser Tätigkeit wurde GMH mit dem Projektmanagement für den Erweiterungsneubau der Schule Kapellenweg am Standort Kapellenweg 63 in Hamburg beauftragt. Im weiteren siehe Ziffer 5.1.6 "Allgemeine Informationen - Zusätzliche Informationen"

Interne Kennung: 581091f2-ec7d-4fef-bf70-52b493a1bd3d

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Beauftragung der Planungsleistungen erfolgt stufenweise und umfasst in der ersten Stufe die Leistungsphasen 1 bis 2 • der Objektplanung Gebäude gem. §§ 33ff HOAI, • der Freianlagen gem. §§ 38ff HOAI • der Leistungen Ingenieurbauwerke gem. §§ 42ff HOAI, • der Leistungen Tragwerksplanung gem. §§ 49ff HOAI, • der Leistungen Technische Ausrüstung gem. §§ 55ff HOAI, • der Leistungen der Bauphysik gemäß der Anlage 1.2 HOAI Optionale Leistungen der Leistungsphasen 3 bis 4 (Stufe 2) sowie 5 bis 8 (im Falle von Einzelvergaben) • der Objektplanung Gebäude gem. §§ 33 HOAI, • der Freianlagen gem. §§ 38 HOAI • der Leistungen Ingenieurbauwerke gem. §§ 42 HOAI, • der Leistungen Tragwerksplanung gem. §§ 49 HOAI, • der Leistungen Technische Ausrüstung gem. §§ 55 HOAI, • der Leistungen der Bauphysik gemäß der Anlage 1.2 HOAI Besondere Leistungen als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen) • Optionale Besondere Leistungen im Falle einer GU-Vergabe gem. Vertrag und Vertragsanlage Leistungsbild • Weitere Besondere Leistungen gem. Vertrag und Vertragsanlage Leistungsbild • Brandschutzplanung gem. AHO Nr. 17

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 36 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 907 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Die Schule Kapellenweg (Kapellenweg 63) soll in den kommenden Jahren umfassend erweitert und baulich neu geordnet werden, um den steigenden pädagogischen Anforderungen sowie dem zukünftigen Raumbedarf gerecht zu werden. Auf Grundlage einer gemeinsam von BSFB, GMH und Schule durchgeführten Phase-0 liegt ein tragfähiges pädagogisches und räumliches Konzept vor; eine positive Rückmeldung aus der Bauvoranfrage bestätigt zudem die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit. Die bestehende Schule wird weiterentwickelt, wofür drei Bestandsgebäude abgebrochen und durch einen viergeschossigen Neubau mit ca. 3.600 m² BGF ersetzt werden. Dieser Neubau übernimmt zentrale Funktionen wie Pausenhalle, Mensa, Unterrichts- und Verwaltungsflächen und wird, aufgrund der Nähe zu einem denkmalgeschützten Gebäude, so gestaltet, dass er sich in seiner äußeren Erscheinung respektvoll unterordnet, zugleich jedoch eine moderne und funktionsgerechte Identität bewahrt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Ausbildung der

Schule als Schwerpunktschule, wodurch inklusive Raumkonzepte, umfassende Barrierefreiheit und eine klare, intuitive Orientierung im Innen- und Außenraum zu zentralen Planungsparametern werden. Parallel dazu sind die Außenanlagen grundlegend zu erneuern, insbesondere vor dem Hintergrund barrierefreier Erschließung und zeitgemäßer pädagogischer Nutzung. Das Baugrundstück weist verschiedene Bodendenkmäler auf, die im Planungsprozess besondere Beachtung verlangen. Die Umsetzung erfolgt im laufenden Schulbetrieb; für die wegfallenden Gebäude wird im nördlichen Grundstücksbereich eine mobile Klassengebäudeanlage (MOKL) eingerichtet. Aufgrund des rückliegenden Grundstücks und des begrenzten Baufelds erfordert das Projekt eine sorgfältig abgestimmte Baustellenlogistik und Bauphasenplanung. Nähere Informationen siehe Anlage Leistungsbeschreibung in den Vergabeunterlagen. Die Beauftragung der Planungsleistungen erfolgt stufenweise und umfasst in der ersten Stufe die Leistungsphasen 1 bis 2 • der Objektplanung Gebäude gem. §§ 33ff HOAI, • der Freianlagen gem. §§ 38ff HOAI • der Leistungen Ingenieurbauwerke gem. §§ 42ff HOAI, • der Leistungen Tragwerksplanung gem. §§ 49ff HOAI, • der Leistungen Technische Ausrüstung gem. §§ 55ff HOAI, • der Leistungen der Bauphysik gemäß der Anlage 1.2 HOAI Optionale Leistungen der Leistungsphasen 3 bis 4 (Stufe 2) sowie 5 bis 8 (im Falle von Einzelvergaben) • der Objektplanung Gebäude gem. §§ 33 HOAI, • der Freianlagen gem. §§ 38 HOAI • der Leistungen Ingenieurbauwerke gem. §§ 42 HOAI, • der Leistungen Tragwerksplanung gem. §§ 49 HOAI, • der Leistungen Technische Ausrüstung gem. §§ 55 HOAI, • der Leistungen der Bauphysik gemäß der Anlage 1.2 HOAI Besondere Leistungen als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen) • Optionale Besondere Leistungen im Falle einer GU-Vergabe gem. Vertrag und Vertragsanlage Leistungsbild • Weitere Besondere Leistungen gem. Vertrag und Vertragsanlage Leistungsbild • Brandschutzplanung gem. AHO Nr. 17 Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch büro lucherhandt & partner PartGmbH aus Hamburg, unterstützen und beratend begleiten. Hinweis: Der AG behält sich vor, die Verhandlung ohne Verhandlungstermin durchzuführen (vgl. §17 Abs. 11 VgV). Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Projektsteuerung eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 7 Jahre (Stichtag 1.1.2019) mit Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-6 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-3 Punkte) und vergleichbare angestrebte Qualität (0-6 Punkte). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 26 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte anhand der in den Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern durch ein unabhängiges Gremium zu lösen. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten

Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen zugelassen. Die Bewerbung ist in Textform zu unterschreiben (Näheres siehe verfahrenshinweise). Die in den Verfahrenshinweisen aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden, Fortbildungsnachweis) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Die Darstellung der Referenzen muss im Format DIN A3 gut erkennbar sein. Mit dem Angebot ist ein Nachweis über die vollständige und zeitgerechte Entrichtung der Sozialabgaben (in Kopie, von einem Sozialversicherungsträger oder einer Sozialkasse, alternativ durch Erklärung des Steuerberaters) und die Bescheinigung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Steuern des jeweiligen Finanzamtes (gültig und nicht älter als 12 Monate) einzureichen. Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind zwingend zu beachten und bindend. Die Vergabestelle prüft die eingegangenen Bewerbungen bzw. Angebote. Fehlende Nachweise und Unterlagen werden mit angemessener Frist (in der Regel 6 Kalendertage ab Versand des Nachforderungsschreibens) nachgefordert. Werden nachgeforderte Nachweise oder Unterlagen nicht innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt, kann dies zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen. Hinweis: Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen. Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: 2A Nachweis über eine bestehende

Berufshaftpflichtversicherung Beschreibung: 2A1 Nachweis über bestehende

Berufshaftpflichtversicherung: Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig)

über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EUR für

Personenschäden und mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden). Es ist der Nachweis zu

erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der

Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass

bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit

anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei

mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Bei

Bietergemeinschaften ist mit den Bewerbungsunterlagen eine Erklärung der

Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfalle eine zusätzliche Versicherung gemeinsam

mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als

Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu

unterzeichnen. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden. Unterschreiten die Deckungssummen der bestehenden Berufshaftpflichtversicherung die vertraglich geforderten Deckungssummen (3,0 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 2,0 Mio. EUR für sonstige Schäden), ist eine Bereitschaftserklärung sowohl des Bewerbers (2A2) als auch des Versicherungsgebers (2A3) zur Erhöhung der Deckungssummen im Auftragsfall vorzulegen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen.

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: 2B Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers
Beschreibung: Erklärung über den Umsatz des Bewerbers gem. § 34, § 51 und § 55 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz für Leistungen gem. § 34 muss mindestens 700.000 EUR (netto) erreichen. UND Der durchschnittliche Jahresumsatz für Leistungen gem. § 51 muss mindestens 200.000 EUR (netto) erreichen. UND Der durchschnittliche Jahresumsatz für Leistungen gem. § 55 muss mindestens 400.000 EUR (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben. Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o. ä.). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen.

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 3A1 Nachweis der Befähigung der für die Ausführung der Leistung verantwortlichen Beschreibung: Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung der für die Ausführung der Leistung verantwortlichen Projektleitung: gem. § 75 (1) VgV = Architekt/in (Nachweis durch Anlage, Scan der Kammerurkunde). UND Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung der für die Ausführung der Leistung verantwortlichen Projektleitung: gem. § 75 (1) VgV = Landschaftsarchitekt/in (Nachweis durch Anlage, Scan der Kammerurkunde) UND Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung der für die Ausführung der Leistung verantwortlichen Projektleitung: gem. § 75 (2) VgV = Ingenieur für die Leistung der Ingenieurbauwerke (Nachweis durch Anlage, Scan der Kammerurkunde) UND Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung der für die Ausführung der Leistung verantwortlichen Projektleitung: gem. § 75 (2) VgV = Ingenieur für die Leistung der Tragwerksplanung (Nachweis durch Anlage, Scan der Kammerurkunde) UND Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung der für die Ausführung der Leistung verantwortlichen Projektleitung: gem. § 75 (2) VgV = Ingenieur für die Leistung der Technischen Ausrüstung (Nachweis durch Anlage, Scan der Kammerurkunde)

----- 3A2 Nachweis der Qualifikation der verantwortlichen Projektleitung und 3A3 Nachweis der Qualifikation der vorgesehenen Projektbearbeiter und 3A4 Nachweis der Person für die Erstellung eines Brandschutzkonzeptes Zu 3A2: Die anzugebende Projektleitung muss folgende Erfahrung nachweisen: Abgeschlossenes Studium

der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mind. FH). Nachweis durch Anlage (Scan Zeugnis/Urkunde) UND - mind. 8 Jahre Berufserfahrung im Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI. Nachweis durch Anlage (z. B. Vita). UND Nachweis von mind. 1 durchgeführten Projekt in der Generalplanung für Leistungen gem. §§ 34ff, 38ff, 51ff und 55ff HOAI. Nachweis durch Anlage (z. B. Vita). Zu 3A3: Mind. 1 Person mit durch personalspezifische Projekte nachgewiesener Erfahrung im Bereich Bauphysik. Nachweis durch Anlage (z. B. Vita). Zu 3A4: Mind. 1 Person mit Nachweis von mind. 2 personalspezifischen Projekten mit Erstellung eines Brandschutzkonzeptes. Nachweis durch Eigenerklärung (z. B. Vita)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: 3C Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl

Beschreibung: Nachweis über die Beschäftigtenzahl durch Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter mit entsprechender fachlicher Qualifikation der letzten 3 Geschäftsjahre. Für den Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI sind 5 festangestellte Architekten (festangestellte Personen, eine Vollzeitbeschäftigung wird nicht vorausgesetzt) oder Bauingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen UND Für den Leistungsbereich Freianlagen gem. §§ 38 HOAI sind 2 festangestellte Landschaftsarchitekten (festangestellte Personen, eine Vollzeitbeschäftigung wird nicht vorausgesetzt) bzw. Absolventen der Fachrichtung Landschaftsarchitektur (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen UND Für den Leistungsbereich Ingenieurbauwerke gem. §§ 42 HOAI sind 2 festangestellte Bauingenieure (festangestellte Personen, eine Vollzeitbeschäftigung wird nicht vorausgesetzt) bzw. Absolventen der Fachrichtung Bauingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen UND Für den Leistungsbereich Tragwerksplanung gem. §§ 51 HOAI sind 3 festangestellte Bauingenieure (festangestellte Personen, eine Vollzeitbeschäftigung wird nicht vorausgesetzt) bzw. Absolventen der Fachrichtung Bauingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen UND Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI sind 2 festangestellte staatliche geprüfte Haustechniker/-innen oder Ingenieure/-innen (festangestellte Personen, eine Vollzeitbeschäftigung wird nicht vorausgesetzt) bzw. Absolventen im Leistungsbereich Technische Ausrüstung, Fachbereich ELT (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen UND Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI sind 2 festangestellte staatliche geprüfte Haustechniker/-innen oder Ingenieure/-innen (festangestellte Personen, eine Vollzeitbeschäftigung wird nicht vorausgesetzt) bzw. Absolventen im Leistungsbereich Technische Ausrüstung, Fachbereich HLS (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen UND Leistungsbereich der Bauphysik gem. Anlage 1.2 HOAI = mind. 1 festangestellte Person mit einem berufsqualifizierenden Hochschulabschluss (mind. Ingenieur / Master) (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. (die Anzahl an Personen maßgeblich, nicht das wöchentliche Stundenvolumen). Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Beschäftigtenanzahl aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der

Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Beschäftigtenanzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten
Beschreibung: Aus den eingereichten Referenzen sind folgende Erfahrungen ersichtlich: mit öffentlichen Auftraggebern

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis/Honorar

Beschreibung: Preis/Honorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Qualitätskriterium – Name: Fachlicher Wert und Qualität / Gewichtung: 25

Qualitätskriterium – Name: Qualität der Lösungsskizze / Gewichtung: 50 Näheres siehe Zuschlagsmatrix.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 75

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 14/04/2026 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/cc91fd90-8f9d-41f7-b585-031105effaa5>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/cc91fd90-8f9d-41f7-b585-031105effaa5>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 21/04/2026 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 – 4 GWB unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. - schriftlich an das Postfach der Finanzbehörde (Postfach 30 17 41, 20306 Hamburg) - und zusätzlich per E-Mail (unterschiedener Nachprüfungsantrag als PDF-Dokument im Anhang) an das Funktionspostfach vergabekammer@fb.hamburg.de zu richten.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Registrierungsnummer: 76f15962-d8d8-4c48-a782-fb6b0d5c327e

Abteilung: Einkauf/Vergabe
Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1
Stadt: Hamburg
Postleitzahl: 20355
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Einkauf/Vergabe
E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de
Telefon: +49 40428236201
Fax: +49 40427310143
Internetadresse: <https://gmh-hamburg.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Registrierungsnummer: 19a7d79f-4d82-4e82-ae5c-6ee7ea5df0b5
Postanschrift: Neuenfelder Straße 19
Stadt: Hamburg
Postleitzahl: 21109
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de
Telefon: +49 40428403230
Fax: +49 40427940997
Internetadresse: <https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/info/11725154/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Registrierungsnummer: fcb654cb-580c-44b7-b9c0-495f8f0cc37c
Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1
Stadt: Hamburg
Postleitzahl: 20355
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
E-Mail: einkauf@gmh.hamburg.de
Telefon: +49 40428236201
Fax: +49 40427310143

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: dccec63c-2a2e-4109-9662-497e42ee8db6 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 20/03/2026 17:35:33 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 201212-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 58/2026
Datum der Veröffentlichung: 24/03/2026